Balingen, den 6.1.09

DFG - VK

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner

Initiativgruppe Zollernalbkreis
c/o Insa Klingberg
72336 Balingen
Osianderstr. 15
☎ 07433-277470 (p)
insa.klingberg@t-online.de

Frau Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Str. 1
10547 Berlin

Herrn Außenminister
Frank-Walter Steinmeier
Auswärtiges amt
11013 Berlin

Balingen, 20.1.2009

Offener Brief

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
sehr geehrter Herr Außenminister Steinmeier,

im Gazakrieg haben nun beide Konfliktparteien eine Waffenruhe – jede Seite unabhängig von der anderen – ausgerufen. Es ist Zeit, jetzt zu handeln, wenn die beiderseitige Waffenruhe in Gaza einen Erfolg haben soll. Es ist eine deutliche Stellungnahme der internationalen Politik gefragt. Besonders ist es notwendig, dass dem palästinensischen Volk Gerechtigkeit zuteil wird.
Bisher wird von den mächtigen Staaten der Welt die Schuld an diesem Krieg einseitig der Hamas zugeschoben. Dies stellt nur die halbe Wahrheit dar – aber Halbwahrheiten sind immer ganze Lügen. Alle israelischen, palästinensischen, deutschen und internationalen Friedensbewegungen – unabhängige Nicht-Regierungs-Organisationen, unabhängig von der israelischen Kriegspropaganda – betonen, dass israelische Regierungen sich in der Geschichte seiner Existenz seit 1947 immer wieder über UN-Resolutionen hinweggesetzt haben, sie haben ihre Armee in palästinensisches Gebiet einfallen lassen und dort gezielt Menschen umbringen lassen. Die 22 Tage voller Kriegsverbrechen der israelischen Armee waren eine Fortsetzung des Unrechts, das mit der Katastrophe (al nakba) von 1948 begonnen hat – Palästina wurde allmählich durch die israelischen Regierungen und deren Streitkräfte von der Landkarte radiert, das Volk vertrieben (Frau Merkel, haben Sie nicht ein Vertriebenenzentrum in Berlin

eröffnet – und haben Sie dabei auch an das Leid der Palästinenser gedacht?), seit 41 Jahren leben die Menschen in Flüchtlingscamps unter der Armutsgrenze im Gazastreifen, 1,5 Millionen Menschen (doppelt so viele wie Einwohner Hamburgs) auf einem Gebiet von 10mal 40km (eine Fläche halb so groß wie die von Hamburg), ausgehungert durch ein unmenschliches Embargo und schon vorher ihrer Wirtschaftsfähigkeit beraubt, da 80% ihrer Waren über Israel transportiert wurden (leicht verderbliche Güter wurden an der Grenze festgehalten und erst wenn sie verdorben waren weiter transportiert). Seit 1967 wurde völkerrechtswidrig Siedlungsbau auf besetztem Territorium betrieben, Land das den Palästinensern gehört und durch UN-Resolutionen immer wieder zurückgefordert wurde – aber die israelischen Regierungen haben sich einen Dreck darum geschert, Israel versucht hier Fakten zu schaffen, hinter die dann nicht mehr zurückgegangen werden soll. Dabei wird die palästinensische Bevölkerung mit Füßen getreten. Und andererseits nehmen israelische Regierungen die Siedler, die sie mit billigen Krediten in diese Siedlungen gelockt haben, als menschliche Schutzschilde für ihre völkerrechtswidrigen Machenschaften.
Es ist hervorzuheben, dass in diesem Konflikt zwei Völker Anspruch auf dasselbe Land erheben, Palästina ist für beide Völker Heimat, und für beide Völker sind kollektive Erinnerungen mit diesem Land verbunden. Diese Ansprüche müssen miteinander vermittelt werden. Dieser Tatsache widerspricht es, wenn sich Regierungen nur auf eine Seite schlagen. Hier ist sind Tatsachen zu ergänzen, die von der Presse und der israelischen Propaganda immer wieder unterschlagen werden: Die PLO – als Vertretung der Palästinenser – hat 1988 den Staat Israel auf der Grundlage der UN-Resolution 181 von 1947 aus eigenem Antrieb anerkannt (Unabhängigkeitserklärung des Staates Palästina). Diese Anerkennung wurde im Oslo-Abkommen 1993 unter Berufung auf die UN-Resolution 242 von 1967 wiederholt. Umgekehrt hat Israel bis heute noch nicht die Rechte der Palästinenser anerkannt, erst Recht nicht die Ansprüche auf die Gebiete die in den oben genannten UN-Resolutionen genannt werden.
In diesem Krieg nun wurden wiederum elementarste Menschenrechte von der israelischen Armee missachtet, es sind verheerende Kriegsverbrechen geschehen: besonders seien hier genannt: Einsatz von Phosphorbomben über bewohntem Gebiet, Beschuss und Zerstörung von UN-Einrichtungen in denen obdachlose Menschen Zuflucht gesucht hatten, Angriffe auf Krankenhäuser, dies sind Angriffe auf die internationale Gemeinschaft.
Wenn Frieden in den Nahen Osten einkehren soll, ist es notwendig, dass die Welt sich dem Leid und dem Unrecht annimmt, das den Palästinensern widerfahren ist. Nur wenn dem palästinensischen Volk Gerechtigkeit zuteil wird, wird auch der Terrorismus beendet sein. Israel muss – so wie es auch die jüdische Friedensbewegung fordert - die 1967 besetzten Gebiete an Palästina zurückgeben. Beiderseits müssen die Grenzen anerkannt werden. Dies bedeutet auch, dass mit der von der Bevölkerung in Gaza gewählten Regierung verhandelt wird. Es waren die ersten freien und geheimen – also demokratischen – Wahlen, die es in einem arabischen Land gegeben hat – dies wurde von internationalen Beobachtern bestätigt. Es ist für die Menschen in den palästinensischen Gebieten nicht zu verstehen, wieso ihre Regierung nicht anerkannt wird, wieso mit ihren gewählten Vertretern nicht verhandelt wird, besonders wo es der Weltgemeinschaft keine Probleme macht, mit Diktaturen schwersten Kalibers Kontakte zu halten und Wirtschaftskontakte zu unterhalten. Bitte bedenken Sie: die Hamas ist keine einheitliche Gruppierung, es gibt hier gemäßigte Kräfte, denen das Wohlergehen ihrer Mitbürger an oberster Stelle steht, und radikale Kräfte, die nur ihre Machtinteressen im Sinn haben. Das Verhalten der Staatengemeinschaft stärkt aber nur die radikalen Kräfte und ein Zerschlagen

der Strukturen würde nur eine Aufspaltung in radikalisierte kleinere Zellen zur Folge haben, der Terrorismus würde gefördert.
Es ist schon merkwürdig, dass von der Regierung gefordert wird, die Palästinenser hätten sich zu entwaffnen, während weiterhin Israel mit den höchstentwickelten Hightechwaffensystemen versorgt wird. Ich fordere: beide Seiten gehören entwaffnet.
Das Gebot der Stunde ist also, dafür zu sorgen, dass beide Seiten an einen Verhandlungstisch geholt werden. Weiterhin ist es notwendig, Israel deutlich zu machen, dass Kriegsverbrechen geahndet werden, ich fordere Sie hiermit auf, unverzüglich Anzeige gegen die israelische Regierung zu erstatten.
Damit die Traumatisierungen der Menschen in beiden Ländern behandelt werden können, ist es notwendig, dass Sicherheit hergestellt wird, Sicherheit, Gerechtigkeit und dadurch Frieden. Bitte handeln Sie jetzt.

Dipl.-Psych. Insa Klingberg M.A., Balingen
(Philosophin, Theologin, Psychologin)
Jochen Lange, Balingen
(beide Kreisvorstand der DFG/VK- Zollernalb)